

# Dresden steuert auf eine Kurtaxe zu

## Mehrheit im Rat für Tourismusabgabe steht

Von KATRIN TOMINSKI

Die Landeshauptstadt wird in Zukunft wahrscheinlich eine Kurtaxe erheben. Die erforderliche Mehrheit für eine Tourismusabgabe jedenfalls steht: Sowohl die Fraktionen von CDU als auch von SPD und Linken bekundeten gegenüber den DNN, in der morgigen Sitzung des Stadtrates für eine touristische Pflichtabgabe zu stimmen. Zudem soll Dresden 200 000 Euro für das Stadtmarketing in die Kasse werfen – so viel, wie die Tourismuswirtschaft bislang selbst aufgebracht hat.

„Am liebsten würden wir die Hoteliers gar nicht belasten, doch wir sind in einer Haushaltslage, in der wir Dresdner Gäste um einen kleinen Obolus bitten müssen“, erklärte CDU-Fraktionschef Georg Böhme-Korn. SPD-Fraktionschef Peter Lames plädierte: „Wir halten an dem Vorschlag fest, eine Bettensteuer einzuführen.“ „Wir sind deutlich für die Einführung einer Bettensteuer“, erklärte auch Linken-Chef André Schollbach. „Ich gehe davon aus, dass die Steuer beschlossen wird.“

Auch die Grünen und die Bürgerfraktion hatten sich in der Vergangenheit für die Einführung einer „touristischen Zwangsabgabe“ ausgesprochen. Ziel der Abgabe soll es unter anderem sein, die Finanzen der Dresden Marketing GmbH (DMG) aufzustocken. Derzeit stehen dieser lediglich knapp über zwei Millionen Euro zur Verfügung. Städte wie Zürich und Berlin erhalten laut DMG elf und 15 Millionen Euro.

Unklar ist allerdings noch, wie die Abgabe genau aussehen soll. Bettensteuer, Fremdenverkehrsabgabe und Kurtaxe – derzeit kursieren viele Entwürfe für eine touristische Zwangsabgabe. SPD und Linke plädieren für eine „Bettensteuer“, bei der Hoteliers pauschal für jede Übernachtung einen Betrag an die Stadt abführen müssen. Die CDU erwägt hingegen die Erhebung einer Kurtaxe. „Das ist gerechter, weil die Einnahmen zweckgebunden sind“, erklärte Böhme-Korn. Zudem sei die Kurtaxe der rechtssicherste Weg. „Das sächsische Innenministerium hält eine Bettensteuer wegen ihrer Konkurrenz zu anderen Steuern für unzulässig“, erklärt der CDU-Chef. Viel besser sehe es da bei der Kurtaxe aus. Diese könne nämlich laut Kommunalrecht nicht nur in einer Kurstadt, sondern auch in einer „sonstigen Fremdenverkehrsgemeinde“ erhoben werden. Nach DNN-Informationen würden sich auch SPD und Linke zu einer Kurtaxe hinreißen lassen – Hauptsache, es gibt überhaupt eine Abgabe.

Die Stadt jedoch sieht die Erhebung der Kurtaxe nicht so problemlos. „Es existieren sowohl Argumente, dass Dresden als ‚sonstige Fremdenverkehrsgemeinde‘ gelten darf, als auch Argumente

gegen die Auffassung“, heißt es in der Vorlage der Stadt. „Im Falle einer Anfechtung der Satzung bleibt die gerichtliche Entscheidung abzuwarten.“

Die Einführung einer nicht zweckgebundenen Bettensteuer dürfte sich jedoch als noch schwieriger erweisen. Zwar erlaubt ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes die Erhebung einer Bettensteuer, allerdings ausdrücklich nur auf private Übernachtungen. Weil es für Hoteliers jedoch rechtlich unmöglich ist, von den Gästen entsprechende Nachweise zu verlangen, wird die Steuer in vielen Städten gerade wieder gekippt. Erst vergangene Woche hat das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen nach der Klage von zwei Hoteliers die Bettensteuer der Stadt Dortmund für unrechtmäßig erklärt.

Erfolgversprechender und der klare Favorit aller Beteiligten ist die Fremdenverkehrsabgabe. „Sie belastet alle Nutznießer des Tourismus gleichsam und ist zweckgebunden“, erklärt Böhme-Korn. Deswegen sei die Fremdenverkehrsabgabe das eigentliche Ziel. Da es aber laut einem Rechtsgutachten der Stadt bis zu acht Jahre dauern kann, ehe eine gültige Satzung beschlossen ist, plädiert der federführende Finanzausschuss für die vorübergehende Einführung einer Kurtaxe. Diese könne Erträge bis zu knapp acht Millionen Euro bringen. Gleichzeitig soll eine Fremdenverkehrsabgabe vorbereitet werden.

Schon jetzt regt sich allerdings Widerstand. „Wir lehnen jede Form von Zwangsabgaben ab“, sagte der Dehoga-Vorsitzende Marco Bensen. „Sie sind eindeutig eine Wettbewerbsnachteile.“ Zudem hätte die Branche keinen Einfluss darauf, was mit den Abgaben passiere. „Oft fließen sie in ganz andere Bereiche“, monierte Bensen. „Egal ob man es Bettensteuer, Kurtaxe oder Citytax nennt, das Hotelgewerbe als einen der größten Arbeitgeber und Steuerzahler mit einer Sondersteuer zu belasten, ist ungerecht und falsch“, erklärte FDP-Fraktionschef Holger Zastrow. „Ob der Verband die Kurtaxe befürwortet, hängt von der Ausgestaltung ab“, meinte Michael Hupe, Chef des Tourismusverbandes Dresden (TVD).

Bei der Gründung der DMG einigte man sich auf eine beiderseitige Finanzierung durch öffentliche und private Hand. Bislang ist es der Tourismusbranche jedoch nicht gelungen, freiwillig Geld für das Dresden-Marketing bereitzustellen. Im September 2012 stellte Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) ein Ultimatum: Entweder es gelingt, bis Ende November rund 500 000 Euro zu akquirieren, oder die Stadt bereitet die Einführung einer tourismusbezogenen Abgabe vor. TVD-Chef Hupe gelang es jedoch lediglich, rund 200 000 Euro aufzutreiben.



Dirk Henneberg und Michael Lottes betreiben das Hostel Lollis Homestay in der Dresdner Neustadt. Sie beklagen, dass sie vom Tourismusverband in der Debatte um die Bettensteuer nicht mit einbezogen worden sind. Fotos (2): Christian Juppe

## „Bettensteuer ist existenzbedrohend“

### Hostel-Besitzer monieren, dass sie im Tourismus-Diskurs keine Rolle spielen

Seit Monaten läuft in Dresden die Debatte um die Einführung einer Bettensteuer. Jetzt melden sich Dresdens Hostel-Besitzer zu Wort: „Eine Bettensteuer ist für uns existenzbedrohend“, sagte Michael Lottes, Geschäftsführer des Dresdner Hostels „Lollis Homestay“. „Sie steht in keinem Verhältnis zu den möglichen Erlösen in unserem Haus.“ Allein ein Pauschalbetrag von zwei Euro pro Übernachtung bedeute bei einem Übernachtungspreis von 13 Euro eine Zusatzbelastung von 15 Prozent.

Das Hostel „Lollis Homestay“ bietet mit seinen 60 Betten, ähnlich wie Jugendherbergen, günstige Übernachtungen für Jugendliche an. „Wir sind nicht pauschal gegen eine Bettensteuer“, erklärte auch der zweite Geschäftsführer des Hostels Dirk Henne-

berg. „Doch wenn schon eine Bettensteuer, dann aber mit Augenmaß“, monierte der junge Unternehmer. Bei den niedrigen Preisen für Übernachtungen unter anderen in Mehrbettzimmern

sei es nicht möglich, die Bettensteuer aus den Erlösen zu generieren.

Die Hostel-Besitzer monieren zudem, dass sie vom Tourismusverband weder in die Diskussion einbezogen wurden, noch um Geld gefragt wurden. Zur Erinnerung: Dresdens Tourismuschef Michel Hupe sammelte in den vergangenen Monaten Geld von der Tourismuswirtschaft. Dabei kamen die von der Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) verlangten 500 000 Euro allerdings nicht zusammen. „Wir hätten freiwillig einen Betrag gegeben“, sagte Henneberg. „Wir sind offen und arbeiten mit jedem gern zusammen“, sagte Dehoga-Vorsitzender Marco Bensen auf DNN-Anfrage.

Dresden verfügt über elf Hostels mit etwa 1500 Betten.

kt



Menschen aus aller Welt kommen in das Hostel in der Neustadt. Lottes: „Jugendliche werden vom Tourismus unterschätzt“.